Volkswirthschaftliches.

Alle für diesen Theil bestimmten Sendungen sind zu richten an den verantwortlichen Redacteur desselben E. G. Laue in Leipzig. — Sprechzeit: nur von 10—11 Uhr Vorm. und von 4—5 Uhr Nachm.

Telegramme.

W-n. **Prag**, 21. November. (Privat-Telegramm.) Die Gläubiger-Versammlung der Möbelfirma Heinrich Röhrs, welcher auch Berliner Interessenten beiwohnten, bewilligte ein Moratorium bis zum 15. Januar 1893, analog dem Moratorium Ronacher's, und wählte einen Ueberwachungsausschuß, dem auch der Vertreter des Berliner Hauses Ferd. Vogts & Co. angehört. Nach vorgelegtem Status betragen die Passiven 267 400 fl., die Activen 480 000 fl., unter letzterer Forderung an Ronacher 280 000 fl., und an den Lindenbauverein 33 800 fl.

W. **Petersburg**, 20. November. (Privat-Telegramm.) Aus Baku wird telegraphirt: In den Bergwerken der Gebrüder Mirzojew ist eine ausgiebige Naphthaquelle entdeckt worden. Dieselbe liefert täglich gegen $^{3}/_{4}$ Million Pud.

Vom deutschen Industriemarkt.

Von S. Karo-Berlin.

Ebenso wie man vor etlichen Monaten und sogar noch vor etlichen Wochen nicht genug herbe Worte fand für die unzureichende Geschäftslage, ebenso scheint man jetzt in das entgegengesetzte Extrem zu fallen und sich für den kommenden Aufschwung, der noch nicht einmal eingetreten ist, den man nur erwartet, nicht genug begeistern zu können. In beiden Richtungen hat man zu viel gethan. Ebenso wie die trostlosen Klagen zur Zeit nicht berechtigt waren, ebenso wenig ist jetzt der Enthusiasmus am Platze. Wenn selbst die Börsen die Actien der Textil-Industrie-Gesellschaften jetzt höher quotiren, so wird dadurch erst eine Anweisung auf die Zukunft escomptirt, von der noch Niemand wissen kann, ob sie eingelöst wird. Wohl soll freudig hervorgehoben werden, daß die allgemeinen Geschäftsaussichten bessere geworden sind, daß die Geschäftslage im Allgemeinen eine günstigere Gestaltung anzunehmen scheint, das Alles ist aber Zukunftsmusik, die Wirklichkeit stellt sich ganz anders. Mißtrauen waltet immer noch vor. Vorsichtige Kaufleute verlangen greifbare Beweise einer sich vollziehenden Besserung, bevor sie sich auf große Spekulationen und neue Unternehmungen einlassen. Damit ist es vorläufig noch schlecht bestellt. Es sollen die besseren Angeichen, welche die Industrie günstig beeinflussen, gern zugestanden werden. Thatsächliche Erfolge liegen aber nur wenige vor. Die Erwerbsthätigkeit hat immer noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, und zwar nicht nur in Bezug auf die Preise, sondern auch in Bezug auf den Absatz. Wohl wird es freudigst begrüßt, daß eine Belebung des Geschäfts mit Südamerika in Aussicht steht, daß hoffentlich recht bald eine erneute Belebung unserer geschäftlichen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten Platz greifen wird, vor der Hand aber ist die Zunahme unseres Exportes nach jenen Ländern noch so unbedeutend, daß sie in früheren günstigen Geschäftsjahren kaum hervorgehoben wurde.

Was wir aber erreicht haben, ist, daß beträchtliche Ausfälle und andere Calamitäten als überwunden gelten können, daß die Einbußen, welche unsere Ausfuhr erlitten, zum Stillstand gebracht werden, daß die Vertrauenslosigkeit in die allgemeine Lage in der Abnahme begriffen ist. Das ist ein Fortschritt, der anerkannt werden muß, welcher der ganzen Lage ein besseres Gepräge verleiht. Die Enttäuschungen werden aufhören. Auf diese Thatsachen bauen sich die besseren Symptome auf, welche der Unsicherheit der Verhältnisse den Boden entziehen, die ein energisches Aufraffen des Handels und der Industrie beschleunigen. Man macht größere Anschaffungen. Im Inlande hat man für das kommende Frühjahr auf eine größere Consumfähigkeit gerechnet, in Folge dessen sind die Bestellungen bedeutend größer ausgefallen. Wenn England wieder als großer Käufer auftreten kann, würde das ausländische Geschäft eine bedeutende Verbesserung erfahren. Das europäische Ausland wird uns in den gezogenen Grenzen stets in normaler Weise beschäftigen. In diesem Sinne sind auch die neuen Frühjahrsaufträge aufgefallen. Viele nordamerikanische Einkäufer weilen augenblicklich an deutschen Fabrikplätzen, die ihre Bestellungen in gewohnter Weise machen. Die nicht mehr so fern liegende Consolidirung der südamerikanischen Geschäftsbeziehungen würde eine Segen bringende Errungenschaft für unseren gesammten Handel sein.

Recht gut beschäftigt ist die chemische Industrie. Die Textil-Industrie zeigt Anzeichen einer sich vollziehenden Besserung. In der Lederwaarenfabrikation geht es leidlich. Im Baugewerbe ist es ruhig wie stets im Winter. Maschinenbauanstalten und Metallwaarenfabriken sind ungleichmäßig beschäftigt. Einzelne Fabriken haben zu thun, andere wieder nicht. — Der Detail-Handel ist in Folge der günstigen Witterung ziemlich gut beschäftigt gewesen, obgleich vom eigentlichen Weihnachtsverkehr noch nichts zu merken ist. In Folge dessen erfolgen Zahlungen prompter als in den Vorwochen.

Der Panama-Canal.

✠ Nachdem das einst so vielbesprochene Panama-Unternehmen in unserer schnelllebigen Zeit schon beinahe in Vergessenheit gerathen und die Milliarde darin begrabenen französischen Nationalvermögens, wenn nicht verschmerzt ist, so doch als unwiederbringlicher Verlust gedacht, nur noch in wehmüthiger Erinnerung erscheint, tritt plötzlich die ganze Angelegenheit unter verschiedenen Gesichtspuncten wieder in den Vordergrund des allgemeinen Interesses. Nach anderthalbjähriger Voruntersuchung soll die Anklage gegen Herrn von Lesseps und Genossen erhoben werden, ja einen Augenblick schien es sogar, als sollte über diese Nebenfrage das französische Ministerium stürzen. Zugleich tauchen vor Thorschluß die verschiedensten neuen Projecte zum Ausbau des Canals auf, indem im nächsten Februar die vom Staat Columbia gewährte Concession abläuft. Natürlich wird dabei auch wieder principiell die wirthschaftliche Bedeutung, Rentabilität ꝛc. des Panama-Canals erörtert. Eine kurze Betrachtung aller dieser Dinge bietet jedenfalls viel Interessantes und neben dem Unerfreulichen manches Lehrreiche.

Was zunächst die Anklage anlangt, deren Ausdehnung übrigens authentisch noch nicht feststeht, so soll sie sich auf Zuwiderhandlungen gegen das französische Gesetz über die Gesellschaften vom Jahre 1867, dessen Strafen bis zu 5 Jahren Gefängniß gehen, und auf Art. 405 und 408 des Code pénal über den Vertrauensmißbrauch stützen. Thatsache ist, daß die Panama-Gesellschaft mit Herrn von Lesseps an der Spitze von Anfang an auf das Leichtsinnigste gewerbsmäßiger und die Geldgeber durch unwahre Berichte auf das Grröblichste getäuscht hat. Wenn Herrn von Lesseps trotz allem die französischen Capitalien in enormen Massen für seine Panama-Unternehmen zuströmten, so muß man sich zweierlei gegenwärtig halten: erstens war das Vorbild des Suez-Canals, den Lesseps geschaffen, allerdings verlockend; und zweitens thaten die französische Presse und sonst berufene Factoren ihre Pflicht zur Aufklärung des Publicums nicht.

Welche kolossale wirthschaftliche und politische Bedeutung der Suezcanal erlangt hat, ist allbekannt. Hat doch die englische Occupation Egyptens zumeist nur den Zweck, sich den Weg nach Indien durch den Suezcanal zu sichern. Zur Geldbetheiligung beim Panamacanal lockten natürlich nur die finanziellen Erfolge der Suezgesellschaft; sie waren aber auch glänzend genug! Nachdem bis Mitte der siebziger Jahre der 1869 eröffnete Canal, weil noch nicht ganz ausgebaut, nur ungenügend sich rentirt hatte, steigerten sich der Verkehr und die Einnahmen bald derart, daß die Actien von nominell 500 Frcs., welche unter 400 gestanden hatten, bis zu 3600 — allerdings unsinnig getrieben, in der Zeit des Boursa-Schwindels 1882 — stiegen, und jetzt, als eins der besten französischen Anlagepapiere geltend, gegen 2800 notiren; im letzten Jahre ist eine Dividende von über 100 Frcs. oder mehr als 20 Proc. vertheilt worden. Panama-Actien sind dagegen von 500 Frcs. auf 12 — so war bis vor Kurzem die Pariser Notiz — heruntergegangen, also so gut wie werthlos!

Was die französische Presse anlangt, so ist ihren Bestechlichkeit — um gleich ein deutliches Wort zu sagen — eine bekannte Sache. Der finanzielle Theil des verbreitetsten großen Blattes, des „Figaro" z. B., war — oder ist noch — für eine hohe Summe an ein Consortium von Großcapitalisten verpachtet, welches darin nach seinem Belieben seine Interessen betreiben konnte. Anerkennungsmonate sind von der Panama-Gesellschaft für die Presse — ohne Inserate ꝛc. — bis zur letzten Emission 23 Mill. Francs verwendet worden; bei der letzten möglichen Obligationen-Emission sollen die Preß- und Anzeigekosten allein 42 Millionen betragen haben! Manchen mußte das wohlwollende Schweigen vieler anderer Personen erkauft werden; werden doch jetzt Dutzende von Abgeordneten und Senatoren genannt, welche „Betheiligungen" erhalten haben sollen, wobei allerdings die politische Gehässigkeit manche Uebertreibungen zeitigen mag. Als charakteristisch für die französische Presse sei nur noch ein anderes Beispiel erwähnt, daß sie nämlich fast ausnahmslos von der Spielbank in Monaco Geld dafür bezieht, daß sie jene Räuberhöhle möglichst todtschweigt. Die Höhe dieses Soldes ist, wie die „Times" schreibt, je nach der Bedeutung der Zeitung verschieden; die Blätter an der Küste beziehen jährlich 10 000 Francs; besser werden die Pariser Blätter bezahlt; einige erhalten 20 000 Frcs., eins 30 000 Frcs. und eins sogar 70 000 Francs!

Indessen gab es doch auch in der französischen Presse vereinzelte Stimmen, welche die Mißwirthschaft der Panama-Gesellschaft, ihre Verschwendung, ihre falschen Darlegungen ꝛc. von Anfang an geißelnd geißelten. Das größte Verdienst in dieser Beziehung gebührt dem bekannten National-Oekonomen Paul Leroy Beaulieu; leider blieben seine betreffenden Ausführungen im vornehmsten französischen Fachblatt, dem „Economiste français", der großen Menge meist fremd, oder wurden als auf persönlicher Gehässigkeit beruhend verschrien. Wir haben u. a. vor uns zwei Aufsätze des Genannten vom August 1885 und vom Juni 1886. In dem ersten heißt es u. a.: Wir zögern nicht, es auszusprechen, das Panama-Unternehmen, so wie es heute finanziell geführt wird, scheint uns der russischen Campagne zu gleichen. Alles ist darin falsch calculirt, die Ausgaben, wie die Einnahmen; es strotzt von Mißrechnungen; jedes Wort des Herrn v. Lesseps wird nach wenigen Monaten dementirt. Man giebt sich alle Mühe, die erdrückende Wahrheit zu verbergen. Wenn man auf dem eingeschlagenen Wege eigensinnig beharrt, dann wird man bei der schlimmsten finanziellen Katastrophe des 19. Jahrhunderts enden. Und so ist es wirklich gekommen.

Die Panama-Gesellschaft wurde ein Jahrzehnt nach der Eröffnung des Suezcanals 1879/80 gegründet. Eine sogenannte „internationale Commission", in welcher übrigens nur Franzosen und kein Deutscher saß, hatte nach der Prüfung, ob die centralamerikanische Landenge besser bei Panama oder in Nicaragua durchstochen werde, für ersteres Project entschieden; es war übrigens, wie L. Beaulieu berichtet, schon bei der Zusammensetzung der Commission dafür Sorge getragen worden, daß das Panamaproject nicht zu viel Opposition erfuhr. Bekanntlich hatte seit Beginn des Panama-Canals die Amerikaner das Nicaraguaproject in Reserve, ohne es bis auf den heutigen Tag ernstlich betrieben zu haben; erstens waren die mächtigen Interessenkreise der transoceanischen Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten gegen die Schaffung eines concurrirenden Seewegs überhaupt, und zweitens wollte man, wenn er einmal geschaffen wird, ihn nicht europäischem Capital und Einfluß überlassen. Deswegen ist man amerikanischerseits dem französischen Panama-Unternehmen von Anfang an feindlich gewesen, und denkt jetzt, nachdem es verfracht, vielleicht darum, die Erbschaft billig anzutreten, um dann das Nicaragua-Project vielleicht ganz fallen zu lassen.

In den ersten Jahren nach der Gründung sagt Herr v. Lesseps in den ausgegebenen officiellen Bulletins wiederholt: „Die Total-Ausgabe ist auf 600 Millionen berechnet." Später hat er zugegeben, daß die „Nebenausgaben" wohl nochmals diese Summe betragen würden. Nach dem jetzt bekannt gegebenen Bericht des Liquidators Monchicourt sind von insgesammt ausgegebenen 1300 Millionen nur 443 für wirkliche Arbeiten verwendet worden! Die Vorbereitungsarbeiten und „allgemeinen Kosten" figuriren in der Rechnung mit nicht weniger als 239 Millionen, die Kosten für „Emissionen, Publicität und Abgaben" mit 88 Millionen, so daß allein diese drei Posten mehr als das Actienkapital von 300 Millionen verschlungen haben! Wie dann Obligationen auf Obligationen ausgegeben wurden, welche zuletzt nur noch zu Wucherzinsen bis zu 10 Procent und schließlich gar nicht mehr an den Mann gebracht werden konnten, ist gleichfalls bekannt und auch an dieser Stelle wiederholt beleuchtet worden. Dabei sind gerade bei der letzten Emission dermaßen zweifelhafte Manipulationen vorgenommen worden, daß diese besonders der strafrechtlichen Verfolgung verfallen sollen.

Als endlich im Februar 1889 die Panamagesellschaft genöthigt war, in Liquidation zu treten, war von den nöthigen Arbeiten noch nicht ein Drittel geleistet, während der Canal bereits 1887 oder 1888 hatte fertig sein sollen! Es hatte sich herausgestellt, daß statt der ursprünglich berechneten 75 Millionen Cubikmeter mindestens 150 Millionen ausgehoben waren. Noch in den letzten General-Versammlungen waren die auf Herrn von Lesseps und seinen Erfolg beim Suez-Canal blind vertrauenden Actionaire durch falsche Angaben und unmöglich einzuhaltende Versprechungen über den wahren Sachverhalt arg getäuscht worden.

Immer bezieht man sich auf den Suezcanal, aber dieser Vergleich ist doch nur mit großen Einschränkungen zulässig. Nach den officiellen Angaben hat die Herstellung des Suez-Canals, abgesehen von den Kosten der späteren Erweiterungen, im Ganzen nur 494 Millionen Francs gekostet. Er führt durch ebenes, verhältnißmäßig leicht auszugrabendes Land, verschiedene Seen erleichterten seinen Bau. Dagegen ist beim Panama-Canal ein bis zu 80 Meter hoher Bergzug zu überwinden, wo stellenweise die Arbeiten im Felsen sehr schwierig und kostspielig sind, stellenweise die Erdmassen immer von Neuem nachstürzten und das Geschaffene wieder zerstörten. Das Klima in Panama ist unvergleichlich viel schlechter als in Egypten; von den Arbeitern sind Tausende gestorben. Ganz unberechenbare Verwüstungen kann der vom Canal zu kreuzende oder abzuleitende reißende Bergstrom Chagres machen; bei den Einmündungen in den Atlantischen und Stillen Ocean sind ungeheure Schutzbauten zu errichten ꝛc.

Wie Herr von Lesseps zuletzt die Idee eines Niveaucanals — d. h. eines solchen, der auf gleichem Niveau von einem Meere zum andern führt — vorerst aufgegeben hatte, so gehen alle neueren Projecte davon aus, einstweilen nur einen Schleusencanal herzustellen, bei dem natürlich viel weniger Erde und Fels zu beseitigen ist. Da aber dann die Schiffe durch die Schleusen über die Bergkuppe hinweggeleitet werden müssen, so erfordert die Durchfahrt viel mehr Zeit und Kosten, es könnte also der Panama-Canal, selbst wenn das Bedürfniß vorhanden wäre, lange nicht soviel Verkehr gewinnen wie der Suezcanal.

Thatsächlich verbindet aber der Suezcanal viel reichere und verkehrsbedürftigere Länder als der Panama-Canal. Von Europa ist der Seeweg nach ganz Ostasien bis zum nördlichen China und Japan näher über Suez als über Panama; nach Australien sind die Entfernungen ungefähr gleich groß, aber der Weg über Suez wird immer den Vortheil behalten, daß auf ihm die Schiffe viel mehr Gelegenheit zur Fracht-, Kohlen- und Passagieraufnahme in bedeutenden Handelsplätzen Indiens ꝛc. haben als auf der Route durch die öden Wasserflächen des Stillen Oceans. Den Hauptvortheil vom Panama-Canal würde Amerika haben, dem er den Verkehr zwischen seinen Ost- und Westküsten und mit Asien sehr erleichtern würde. Wie fühlt man in deutschen Seehandelskreisen das Panamaproject auffaßt, zeigt ein dieser Tage in der „Hamburger Börsenhalle" erschienener Artikel. In demselben wird u. A. ausgeführt: „So läßt sich mit der größten Sicherheit sagen, daß der Verkehr Europas mit dem Panama-Canal weit hinter dem mit dem Suez-Canal zurückstehen würde. . . Der Handel der Welt wird also das Fehlschlagen des Panama-Canalprojectes weit viel größerer Ruhe betrachten, als man aus rein geographischen Gründen auf den ersten Blick annehmen sollte. Die Rhederei dagegen wird sich fühlen, als sei ihr ein Stein vom Herzen gefallen." Denn nach Errichtung des Canals würde wieder viel Verkehr von den Segelschiffen auf Dampfschiffe übergehen.

Aus dem Vorstehenden ist zugleich ersichtlich, was man von all' den neuen Projecten, welche den Panama-Canal mit 300 bis 500 Millionen Francs ausbauen wollen, zu halten hat. Wahrscheinlich würden die Bauten selbst für einen Schleusencanal das Doppelte dieser Summe verschlingen und dann wäre die Rentabilität eine sehr zweifelhafte. Es ist aber kaum anzunehmen, daß nach den gemachten Erfahrungen sich jetzt genügend Privatcapital zur Herstellung des großen Werkes findet, es sei denn, das Risico würde durch außerordentlich hohen Zinsgenuß einigermaßen weit gemacht. Billiges Capital wäre aber eine Grundbedingung für das Unternehmen. Was speciell den zuletzt aufgetauchten Hilard'schen Plan anlangt — vom Vicepräsidenten der Pariser Handelskammer ausgehend — so wird er selbst in Frankreich nicht allzu ernst genommen. Die wiederholt darum angegangene französische Regierung wird sich hüten, von Staatswegen mit Geldmitteln helfend einzugreifen. Und was die früher einmal ventilirte Idee, den Panama-Canal durch Subventionen oder Zinsgarantien aller seefahrenden Staaten herzustellen, anlangt, so ist an deren Realisirung heutzutage gar nicht zu denken. Man wird also wahrscheinlich auf den Wasserweg durch Centralamerika noch einige Zeit warten müssen, und thäte am besten, den Amerikanern die Lösung dieser Frage zu überlassen. Mag er immerhin als großes Culturwerk gepriesen werden, einstweilen richtet sich doch das Wirthschaftsleben nach dem realen Bedürfniß der Zeit. Wir Deutschen haben jedenfalls, wie wir glücklicherweise bisher bei dem französischen Panama-Unternehmen — abgesehen von Elsaß-Lothringen — nicht nennenswerth mit Geld betheiligt waren, an seiner Herstellung auch weniger Verkehrsinteresse als andere Länder.

Vermischtes.

Leipzig, 21. November.

*— **Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt.** Die heutige außerordentliche General-Versammlung der Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt war von 15 Actionairen, 171 Actien und 46 Stimmen vertretend, beschickt. Es wurde mit warmen Worten der Verdienste des am 30. September in Baden-Baden verstorbenen Directors, Herrn Consul Wilhelm Schmidt, gedacht und darauf an Stelle des Verstorbenen und für dessen Amtsdauer Herr Adolph Lodde, Firma G. Gaudig & Blum, zum Director gewählt.

* **Plagwitz**, 21. November. Wie sehr sich unsere Industriellen bemühen, die Verkehrsverhältnisse zu verbessern, das läßt sich deutlich daraus erkennen, daß für Goblitz und Eutritzsch ein neuer Bahnhof an der Magdeburger Bahn angelegt werden soll, zu dem die dortigen Fabrikanten einen ansehnlichen Beitrag gewähren. Bei den Maschinenfabriken und Eisengießereien, die große Lasten zu befördern haben, ist es von wesentlichem Einflusse, ob sie die Güter auf einem langen oder kurzen Wege mit Geschirren bewerkstelligen lassen müssen. Die Betheiligten haben darum Beiträge bis zu 1000 ℳ gezeichnet. — Die Canalfrage, die ja jetzt erfreulicherweise allgemeinen Interesse findet, wird, wie die Verhandlungen der Handelskammer beweisen, sicher auch die Frage wegen der Anlage eines Centralbahnhofes wieder nahe legen; denn der Canal muß mit der Bahn verbunden sein, um eine leichte Ueberführung der Güter von der Bahn zum Schiffe und umgekehrt zu ermöglichen. Man wird gut thun, der Regierung auch eine wohlwollende Berücksichtigung dieser Frage anheimzugeben, denn was der Residenz Dresden Recht ist, das ist gegen die größte und steuerkräftigste Stadt des Landes nur billig.

X **Aus dem Vogtlande**, 20. November. Die Aussicht auf den Winter scheint doch nicht so trübe zu sein, wie man in der letzten Zeit noch allgemein glaubte; denn in dem Annoncentheile unserer Localblätter findet man, was zur jetzigen Zeit gewiß erwähnenswerth ist, vielfache Nachfragen nach Arbeitskräften. Namentlich suchen die Gardinenwebereien Weber, ein Zeichen dafür, daß dort der Geschäftsgang wieder recht lebhaft zu werden beginnt. — Der Wohlausgang in den Vereinigten Staaten, der starke Goldzufluß nach der englischen Bank, das wiedererwachende Geschäftsleben in Südamerika und das Schwinden der großen Vorräthe in den Lagern wirken zusammen, um eine Besserung im Erwerbsleben anzubahnen. Möge sie recht lange anhalten.

-r- **Reichenbach**, 20. November. Die von uns schon vor einigen Wochen angezeigte Besserung im Geschäftsgange der Kammgarnindustrie hat inzwischen weitere Fortschritte gemacht und dazu beigetragen, das Vertrauen zu heben. Mit diesem werden sich auch die Preise, die jetzt noch sehr viel zu wünschen übrig lassen, bessern; denn je mehr die Nachfrage und der Arbeitsstoff steigt, desto mehr ist der Fabrikant berechtigt, höhere Preise zu fordern. Eine Folge dieser Besserung ist zunächst die Coursesteigerung der Papiere der Actienspinnereien und Webereien an der Börse, ferner die Zunahme der Einfuhr von Textilstoffen in den Vereinigten Staaten und die Erhöhung der Preise für Kammgarne. Es werden bereits für den Doppel-Centner Garn durchschnittlich 30 ℳ mehr gefordert als früher. Dazu kommt noch, daß jetzt die Bestellungen in Flanell sehr groß sind, weil eine Zollerhöhung darauf in Südamerika am 1. Januar 1893 bevorsteht und mit dem am 24. November von Hamburg nach Buenos-Aires gehenden Dampfer noch große Mengen Flanell verladen werden sollen.

† **Plauen**, 20. November. Die Elektricitäts-Werke in Berlin haben der hiesigen Stadtgemeinde ein günstiges Anerbieten über Erbauung einer Straßenbahn daselbst mit elektrischem Betriebe gemacht. Die Gesellschaft will die Bahn ganz auf ihre Kosten bauen unter Verzicht auf die Beleuchtungsanlage, ein Punct, an denen frühere Unterhandlungen mit anderen elektrotechnischen Gesellschaften gescheitert sind, da sich die Stadt die Beleuchtungsanlage leicht sichern will. Am 18. d. Mts. begaben sich die Mitglieder des hiesigen Stadtrathes und des Sonderausschusses für Beschaffung einer Elektricitätsanlage daselbst nach Gera zur Besichtigung der dortigen Straßenbahn, wovon dieselben voll befriedigt nach hier zurückgekehrt sind. Man wird sich wahrscheinlich schon in kürzester Zeit über die Frage der Erbauung der Bahn schlüssig gemacht haben.

—* **Frankenberg**, 20. November. Der Plan der Veranstaltung einer Gewerbe-Ausstellung für Stadt und Landkreis Frankenberg, evtl. mit landwirthschaftlicher Ausstellung, in einem der nächsten Jahre wurde in der am Donnerstag Abend stattgefundenen Versammlung des hiesigen Bürgervereins eingehend besprochen. Vor allen Dingen wurden als wesentlichste Fragen in Erörterung gebracht: „Wird sich unsere Großindustrie ausstellend betheiligen und dadurch die Darbietung eines Bildes über den Gesammtstand unserer Industrie ermöglichen lassen?" und „Wird man ein solches Unternehmen durch Zeichnung eines entsprechenden Garantiefonds sicherstellen helfen?" In der sich anschließenden Debatte nahmen Vertreter der verschiedensten industriellen Corporationen (Gewerbeverein, Webwaarenfabrikanten-Verein, Kaufmännischer Verein, Innungen) und Einzelgewerbe das Wort, theils um die vielen Schwierigkeiten offen darzulegen, theils um in hoffnungsfreudiger Weise die Veranstaltung einer Ausstellung gedachter Art zu begrüßen. Schließlich fand folgender Antrag Annahme: „Der Bürgerverein übergiebt die Ausstellungsangelegenheit dem Gewerbeverein zur weiteren Verfolgung, damit in diesem Verein, wie in anderen industriellen, gewerblichen und landwirthschaftlichen Kreisen, während der nächsten Monate die Frage zur eingehenden Besprechung gelange. Weiter sollen die Acten von anderen gleichen Veranstaltungen zur Kenntnißnahme ausgewirkt werden und dann nach Ablauf des Winterhalbjahres Vertreter der interessirten Corporationen zur weiteren Aussprache, eventuell, wenn die nöthige Unterstützung und Förderung einer Ausstellung sicher erscheint, zur Begründung eines Ausschusses für eine auf 1894 ins Auge zu fassende Ausstellung zusammentreten."

*— **Sächsische Nähfaden-Fabrik** vormals R. Heydenreich in Witzschdorf. Mit Bezug auf die in unserer Sonnabend-Abendausgabe unter „Vermischtes" befindliche Mittheilung über den Ausgang eines gegen diese Fabrik verhandelten Markenschutzprocesses erlaubt uns die Direction, von dem Inhalte nachfolgender Berichtigung, bezw. Ergänzung Act zu nehmen, weil, wie die Direction schreibt, „diese Berichtigung nicht allein unsere Handlungsweise in einem ganz anderen Lichte erscheinen lassen muß, sondern auch für wirkliche Interessenten am Ausgange dieses Processes den weitaus wichtigsten Theil bilden dürfte. Die beiden in Rede stehenden Marken, wegen deren Lieferung gegen uns verhandelt wurde, sind, wie vor Gericht erwiesen, den beiden einzigen Einsängern derselben im Auslande gesetzlich geschützt und besitzen wir zufolge dessen dieselben völlig im guten Glauben an die Exclusivberechtigung der in Deutschland beanstandeten Marken geliefert. Das Markenschutzgesetz erachtet nun aber solche, im Auslande zwar gesetzlich geschützte, jedoch in Deutschland ohne deutschen Schutz angefertigte Marken, sobald dieselben große Aehnlichkeit mit in Deutschland gesetzlich geschützten Marken aufweisen, als bereits in den deutschen Verkehr gebracht, sobald die zu liefernde Waare in Deutschland auch nur mit den beanstandeten Marken versehen wird, um dann direct nach dem Auslande versandt zu werden und zufolge dessen auch als eine Beeinträchtigung der Rechte solcher in Deutschland gesetzlich geschützten Marken. Es erhellt hieraus für Jeden, der vorurtheilslos unsere Angelegenheit prüft, daß wir bei Lieferung der beanstandeten Marken lediglich in einem Rechtsirrthum uns befunden haben, den wir mit uns sicher noch viele Gesetzeskundige theilen. Was endlich die in Ihrem Artikel hervorgehobene täuschende Nachbildung der klägerischen Marken anlangt, so constatiren wir, daß von fünf Sachverständigen sich vier dahin ausgesprochen haben, daß die charakteristischen Unterschiede zwischen den klägerischen und den beanstandeten Marken auch ohne Anwendung besonderer Aufmerksamkeit geeignet seien, Verwechselungen beim kaufenden Publicum auszuschließen, ganz abgesehen von dem Umstande, daß die beanstandeten Marken mit der vollen Firma der Empfänger und keineswegs etwa mit derjenigen der Kläger versehen wären. — Hauptsächlich dürfen wir noch hervorheben, daß, wie wir im Verlaufe der Verhandlung belehrt worden sind, auch „Farben" in Markenschutzbildern ein Gegenstand des gesetzlichen Schutzes sind, während uns früher sowohl von Seiten sachmännisch gebildeter Laien, als auch von Seiten Rechtsgelehrter eine dahin gehende Belehrung zu Theil geworden war, daß Farben nicht schutzfähig seien, während auch die im Auftrage des Ministeriums des Innern herausgegebenen Markenschutzregister, welche übrigens keinen amtlichen Charakter tragen, nirgends von Farbenschutz sprechen. Die Aehnlichkeit zwischen den im vorliegenden Falle beanstandeten und den klägerischen Marken besteht aber im Wesentlichen nur in der Farbenzusammenstellung."

*— **Actien-Bierbrauerei Meißner Felsenkeller.** Das im Jahre 1891/92 erzielte Resultat kann als ein recht befriedigendes bezeichnet werden. Es wurden verkauft 27 295,94 hl Bier für 266 555,37 ℳ und die Nebenproducte erbrachten 16 043,02 ℳ, daher Gesammtumsatz 382 575,39 ℳ. Im Vorjahre wurden 23 998,09 hl Bier verschenkt, demnach ist der Ausstoß im letzten Jahre um 3897,85 ℳ gestiegen. Der Bruttogewinn beträgt 81 013,28 ℳ. Auf das Immobilien-Conto wurden 71 135,60 ℳ vom Bau-Conto übertragen. Es sind dies die Kosten für Ausführung eines Maschinen- und Kesselhauses, einer Böttcherwerkstätte mit Kohlenschuppen ꝛc. Das Maschinen-Conto erhielt sich wesentlich durch einen Uebertrag vom Kühlanlagen-Conto von 20 070,15 ℳ, Kostenpreis der Dampfmaschine und des Dampfkessels u. s. w. Die Kosten des Brunnenbaues von 7668,49 ℳ sind auf Brunnenbau-Conto übertragen worden. Die Abschreibungen wurden mit 37 055,16 ℳ bemessen. Der Reingewinn von 42 753,82 ℳ soll wie folgt vertheilt werden: Tantièmen an den Aufsichtsrath 3430,31 ℳ, für die Beamten 2137,69 ℳ, 6 Proc. Dividende gleich 24 000 ℳ, Ueberweisung an den Dispositionsfonds 13 000 ℳ, Vortrag auf neue Rechnung 1000,12 ℳ.

*— **Königlich sächsische Staatseisenbahnen.** Die Gesammteinnahmen bezifferten sich im Jahre 1891 auf 88 993 357,77 Mark, denen eine Ausgabe von 57 043 793,38 ℳ gegenübersteht, so daß der Reingewinn 31 949 564,39 ℳ beträgt. Es bedeutet dies bei einem Anlagecapitale von 677 767 028,18 ℳ eine Verzinsung von 4,716 Proc. und bei einer Länge von 2865,72 km der im Betrieb befindlichen Linien eine Reineinnahme von 12 313,54 Mark auf das Kilometer Bahnlänge. Dem Vorjahre gegenüber wurden 2 345 262 ℳ mehr eingenommen, welche sich mit 632 043 Mark auf den Personenverkehr, 1 462 447 ℳ auf den Güterverkehr und 250 772 ℳ auf sonstige Einnahmen vertheilen. Da aber gleichzeitig die Ausgaben um 3 310 762 ℳ gestiegen sind, so betrug die Reineinnahme 965 500 ℳ weniger und ist die Verzinsung des Anlagecapitales von 4,972 Procent auf 4,716 Procent oder um 0,256 Procent herabgegangen. Neueröffnungen sind außer der am letzten Tage des Jahres erfolgten Inbetriebnahme der 11,08 km langen Strecke Oschatz-Strehla nicht zu erwähnen. Nicht uninteressant ist auch eine Vergleichung, inwieweit die einzelnen Linien das auf sie verwendete Anlagecapital verzinsen, es schwankt dies zwischen 10,181 Procent, welche Dresden-A.-Bodenbach erzielt und einem Zuschuß von 2,395 Procent, bei der Linie Annaberg-Weipert erforderte. Sonst bedeutendere Verzinsung hatten die Linien Stollberg-St. Egidien und Höhlteich-Wüstenbrand mit 10,112 Procent, Pirna-Berggießhübel mit 8,704 Procent, Werdau-Weida mit 8,545 Procent, Geithain-Meuselwitz mit 8,268 Procent, Göritz-Dresden mit 7,391 Procent, Leipzig-Hof mit 7,223 Procent, Dresden-Werdau mit 6,884 Procent und die vormalig Leipzig-Dresdner Linien mit 5,236 Procent zu verzeichnen.

+ **Altenburg**, 20. November. Das Activvermögen der dieseitigen Staatscasse beläuft sich, wie der vorliegende Finanzbudgetentwurf ausweist, auf 6 764 555,29 ℳ und setzt sich zusammen aus 461 019,02 ℳ Darlehns- und Hypothekenforderungen, 3 480 736,27 Mark Eisenbahnactien, 11 250 ℳ Industrieactien, 581 350 ℳ Renten- und Hypothekentitel, 1 936 300 ℳ deutsche Fonds und 293 900 Mark Eisenbahnprioritäten. Der Courswerth der gesammten Capitalanlagen beträgt 6 531 252,97 ℳ, während die Jahresrente sich auf 232 409,26 ℳ beläuft. Die gesammte Ausgabe der Staatsverwaltung beziffert sich auf 3 714 787 ℳ, die Einnahme dagegen ist zu 3 720 711 ℳ veranschlagt.

-r- **Hohenleuben**, 20. November. Herr Kaufmann Strauß hier hat den Betrieb der in Concurs gerathenen mechanischen Weberei pachtweise übernommen und sind ihm von verschiedenen Seiten Aufträge zu Theil geworden, so daß die hiesigen mechanischen Weber für den Winter Beschäftigung haben.

*— **Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland.** Der russische Botschafter in Berlin, Graf Schuwalow, hat dem deutschen Reichskanzler eine Note überreicht, welche die Verhandlungen über einen Handelsvertrag betrifft und die Antwort auf die von der deutschen Regierung gestellten Forderungen enthält. Ueber den Inhalt dieser Note ist bisher nichts bekannt geworden, allein aus verschiedenen Mittheilungen der jüngsten Zeit glaubt man in Berlin schließen zu dürfen, daß die Antwort zwar eine ablehnende ist, daß aber die Note die Möglichkeit biete, die Verhandlungen fortzusetzen. Darauf weist auch ein Artikel hin, welchen die Petersburger „Börsenzeitung" dem Gegenstande widmet. Aus Petersburg wird nämlich telegraphirt: „Bei Besprechung der Ablehnung der deutschen Handelsvertrags-Vorschläge sagt die Börsenzeitung, es liege Rußland gewiß daran, die Aufhebung oder Ermäßigung der deutschen Getreidezölle zu erlangen, allein es sei thöricht, dafür die russische Kohlen- und Eisen-Industrie zu opfern. Deutschland sei die Realisirung der russischen Anleihe in Deutschland höchst wahrscheinlich als ein so wichtiger Dienst erschienen, daß es solch hohe Forderungen zu stellen für möglich hielt. Der Handelsvertrag habe mit dem Abschlusse der Anleihe nichts gemein. Falls die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufgenommen werden sollten, woran kaum gezweifelt werden könne, wäre zu wünschen, daß sie auf streng ökonomischem Boden geführt werden."

*— Der Bundesrath hat in einer seiner letzten Sitzungen beschlossen, daß die Mindestmenge, für welche bei der Ausfuhr alkoholhaltiger Essenzen in Gemäßheit des Bundesrathsbeschlusses vom 12. Juli 1888 (C.-Bl. 1888, S. 459) Steuervergütung gewährt werden kann, auf **10** l herabgesetzt wird.

*— Ueber die Reformirung des Branntweinsteuergesetzes lesen wir einen beachtenswerthen Artikel in Nr. 198 der „Brennerei-Ztg." (Organ des Vereins der Kornbrennereibesitzer, Preßhefefabriken Deutschlands). Hinsichtlich der Maischraumsteuer sei erwähnt, daß nach dem Gesetz die großen landwirthschaftlichen Brennereien, welche in einem Jahre mehr als 10 000 resp. 20 000 Brennraum benutzen, noch neben der Maischbottichsteuer einen Zuschlag von 0,02 und 0,04 ℳ zur Berbrauchsabgabe zu entrichten haben. Wenn man also schon bei derartig großen landwirthschaftlichen Betrieben den höchsten Maischbottichsteu